ders geehrt. So wurden auf der letzten Generalkonferenz bezüglich der Jahre 1989 und 1990 Resolutionen zum *500. Geburtstag Thomas Müntzers* 1989[18] sowie zum *100. Geburtstag Jawaharlal Nehrus* 1989 beziehungsweise *Ho Tschi Minhs* 1990 verabschiedet. Der letztgenannte Gedenktag war nicht unumstritten und führte zu Überlegungen über das Verfahren; am 13. November 1987 entschied die 24. Generalkonferenz in ihrer Resolution 49, dem Generaldirektor die Anfertigung einer Studie über die Rolle der UNESCO bei bislang stattgefundenen Gedenktagen aufzutragen, mit dem Ziel, künftig ›Richtlinien für die Begehung der Jahrestage bedeutender Persönlichkeiten und Ereignisse‹ aufzustellen.

Die Vereinten Nationen als Organisation des Friedens in der Welt

Zur Verleihung der Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille an Brian Urquhart

(20. November 1988)

HANS-DIETRICH GENSCHER

Mit dem in jüngster Zeit verstärkt ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit gerückten Konzept der friedenssichernden Maßnahmen, das an anderer Stelle dieses Heftes als »ein Erfolgsrezept der UN« bezeichnet wurde, ist der Name jenes Mannes, dem 1988 die Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen verliehen wurde, in besonderem Maße verbunden: Sir Brian Edward Urquhart. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat in seiner nachstehend abgedruckten Laudatio dessen persönlichen Beitrag gewürdigt; Urquhart selbst ging in seinem Festvortrag insbesondere auf die Rolle des zweiten Generalsekretärs der Vereinten Nationen ein, dem er ein umfassendes Werk gewidmet hatte (›Hammarskjold‹, 1972). Die Frage nach dem bleibenden Vermächtnis Hammarskjölds wäre noch vor zwei Jahren auf große Skepsis getroffen; »heute jedoch, in einem verblüffend verbesserten internationalen Klima, läßt sich Hammarskjöld viel klarer als Vorläufer und früher Anwender jener Konzepte und Verfahren ansehen, die erst jetzt durchgängig anerkannt werden und umfassende Wirkung entfalten. Dies gilt insonderheit für die Rolle des Generalsekretärs sowie die Funktionen der Friedenssicherung (peace-keeping) und der Friedensstiftung (peace-making).« In der Suezkriste 1956 habe Hammarskjöld die rechtlichen und politischen Grundlagen für die UNEF I und damit für alle späteren Friedenstruppen geschaffen: »Mit dieser außergewöhnlichen und innovativen Leistung brachte er die äußerst heiklen Komplexe der Psychologie des Militärs, der nationalen Souveränität, der internationalen Politik, des nationalen Rechts und des Völkerrechts miteinander in Einklang, und zwar mittels einer meisterhaften Verbindung von Verhandlung, Management und Diplomatie.«

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hob aus Anlaß der Medaillenverleihung in einer Grußbotschaft hervor, »daß die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen dem Wirken der Weltorganisation breitere Aufmerksamkeit und Anerkennung verschafft«. Seinen Glückwunsch an den Preisträger verband er mit folgender Anmerkung: »Ein kluger Beobachter hat gesagt, der Friede habe ebenso viele Siege errungen wie der Krieg, aber weit weniger Denkmäler. Es ist gut, wenn wir den vielen Siegern für den Frieden auch Denkmäler setzen. Brian Urquhart ist einer unter ihnen.«

I

Mein erster Gruß gilt Ihnen, Sir Brian, dem Ehrengast, dem heute zu ehrenden Gast dieser Veranstaltung, mein Gruß gilt aber auch der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, und ich möchte alle hier Anwesenden, die dieser Gesellschaft zum erstenmal begegnen, sagen: Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen ist eine Bürgerinitiative für den Frieden; sie ist eine Bürgerinitiative der Verantwortung und des Realismus; sie verdient unser aller Unterstützung und aktive Mitwirkung.

Die Entscheidung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Ihnen, Sir Brian, die Dag-Hammarskjöld-Medaille zu verleihen, hätte zu keinem geeigneteren Augenblick getroffen werden können. Niemals zuvor in der Geschichte der Vereinten Nationen ist für eine breite Öffentlichkeit so deutlich geworden, welche Bedeutung die friedenserhaltenden Maßnahmen – ihr Lebenswerk – für die Bewahrung und Stärkung des Friedens in der Welt besitzen. Ich freue mich, an dieser Ehrung für Sie teilnehmen und Ihnen die Glückwünsche und den Dank der Bundesregierung übermitteln zu können.

Die Medaille, die Sie heute entgegennehmen, trägt den Namen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, mit dem Sie, wie kaum ein anderer, nicht nur durch Ihre Arbeit, sondern auch persönlich verbunden waren. Sie haben auf einem Gebiet bleibende Verdienste erworben, das eng mit Ihrem Wirken an der Seite von Dag Hammarskjöld verknüpft ist: dem Aufbau friedenserhaltender und friedensstiftender Maßnahmen der Vereinten Nationen.

Dieser Aufgabe haben Sie, Sir Brian, viele Ihrer Jahre im Dienste der Weltorganisation gewidmet. Sie haben damit an vorderster Stelle die Fundamente für die Erfolge errichtet, die die Vereinten Nationen heute erleben.

Ihr eigener Lebensweg, den Sie in Ihrem autobiographischen Werk (›A Life in Peace and War‹) so anschaulich beschreiben, spiegelt den Entwicklungsweg wider, den die Vereinten Nationen in den gut vier Jahrzehnten seit ihrer Gründung gegangen sind. Es ist ein Weg, der durch Schwierigkeiten, Rückschläge und Mißerfolge hindurch mit zäher Geduld weiterverfolgt wurde, und dessen Richtigkeit sich heute eindrucksvoll bestätigt.

Die Vereinten Nationen sind auf dem Gebiet besonders erfolgreich, das Sie »das Haupt- und Leitthema der Charta« genannt haben: »Die friedliche Regelung internationaler Streitfälle und die Mobilisierung der Völkergemeinschaft, um mit den Akten der Friedensbedrohung und der Aggression fertig zu werden.«

II

Die Schaffung von UNEF I, der ersten Friedenstruppe der Vereinten Nationen im Sinai im Jahre 1956, bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte der Weltorganisation. Heute, 32 Jahre später, haben die Vereinten Nationen mit den Genfer Vereinbarungen zu Afghanistan und mit dem auf der Grundlage von Resolution 598 des Sicherheitsrats herbeigeführten Waffenstill-

stand im Golfkrieg ihre Fähigkeit zur Krisen- und Konfliktbewältigung neu und überzeugend bewiesen.

Auch dies ist ein Wendepunkt – und es bedarf keines übertriebenen Optimismus, um festzustellen, daß es ein Wendepunkt zum Besseren ist, zu einer neuen aktiven Epoche der Vereinten Nationen als Organisation des Friedens in der Welt.

Ihr aktives Wirken, Sir Brian, in der Weltorganisation umspannt fast die gesamte Zeit ihres Bestehens. So ehren wir mit Ihnen zugleich die Vereinten Nationen. Wir bekräftigen mit diesem Festakt die Einsicht in die Bedeutung und Notwendigkeit der Weltorganisation. Daß die Vereinten Nationen heute neu gestärkt und zuversichtlich ihre Aufgaben anpacken können, ist das Ergebnis unermüdlicher Arbeit all derer, die, wie Sie, auch unter schwierigsten Umständen an die Zukunft der Weltorganisation geglaubt haben. Es ist das Ergebnis vielfältiger Anstrengungen, an denen die Bundesrepublik Deutschland sich vom ersten Tag ihrer Mitgliedschaft an beteiligt hat. Es ist vor allem aber auch das Ergebnis eines positiven veränderten weltpolitischen Klimas.

Wie jede andere Organisation können auch die Vereinten Nationen nicht besser sein als ihre Mitglieder. Wer in den Vereinten Nationen vor allem ein Forum sieht zur Konfrontation, lähmt sie, er untergräbt ihr Bemühen um Frieden und Zusammenarbeit. Während langer Abschnitte ihres Bestehens hatte die Weltorganisation mit solchen Gefahren zu ringen. Heute mehren sich die Anzeichen dafür, daß – ausgehend von einem besseren Verhältnis zwischen den beiden Großmächten – auch in den Vereinten Nationen eine neue Haltung, ein neues Denken wirksam zu werden beginnen. Das Zusammenwirken der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats bei der Ausarbeitung und Verabschiedung der Resolution 598 des Sicherheitsrats zum Golfkrieg ist dafür ein ermutigendes Beispiel.

Weltweit ist die Einsicht gewachsen, daß die Staaten und die Völker, ungeachtet aller politischen, ideologischen und anderer Unterschiede, zu einer Überlebensgemeinschaft geworden sind. Die Herausforderungen unserer Zeit stellen uns vor ethische und politische Aufgaben, wie sie in dieser Tragweite noch keiner Generation vor uns aufgegeben waren. Es geht um die Zukunft der Menschheit. Waffen von unvorstellbarer Vernichtungskraft und ökologische Fehlentwicklungen größten Ausmaßes fordern ein neues Denken und eine neue Verantwortung. Dieser Verantwortung entspricht es nicht, wenn die Rüstungen weltweit astronomische Summen verschlingen, während gleichzeitig lebensbedrohende Schädigungen der Umwelt ungehindert fortschreiten können. Wirtschaftliche Instabilität und Armut in der Dritten Welt dürfen nicht als Randerscheinungen abgetan werden. Hier geht es um die elementarsten Menschenrechte.

Es geht darum, weltweit die Menschenrechte durchzusetzen, die bürgerlichen Menschenrechte genauso wie die wirtschaftlichen und die sozialen. Die daraus entstehenden sozialen Spannungen gefährden die Entwicklung und den Frieden ganzer Regionen. Es geht darum, unseren Erdball, unsere Natur an kommende Generationen so weiterzugeben, daß sie Wohnplatz sein können für ein Leben in Würde, Wohlstand und Sicherheit. Diese Aufgabe richtet sich an alle Völker, an alle Staaten.

Nur gemeinsam lassen sich die gewaltigen Anstrengungen vollbringen, die nötig sind, um die Umwelt lebenswert und lebensfähig zu erhalten. Nur gemeinsam können Frieden und Sicherheit so gefestigt werden, daß Vernichtungswaffen schließlich ihren Daseinszweck verlieren. Und nur in gemeinsamer Arbeit lassen sich die Voraussetzungen dafür schaffen, daß in der Dritten Welt Armut und Not besiegt werden können.

Die Entwicklung der Dritten Welt ist dabei nicht nur eine Gemeinschaftsaufgabe der Staatengemeinschaft im moralischen oder weltwirtschaftlichen Sinn. Sie ist vielmehr auch eine gemeinsame Friedensaufgabe von Süd *und* Nord. Der Kampf gegen Armut und für wirtschaftliche und soziale Entwicklung in allen Teilen der Welt ist immer auch ein Beitrag zur weltweiten Friedenssicherung, Hilfe bei der Entwicklung des Südens ist daher immer auch eine Zukunftsinvestition für den Frieden.

Bei der Bewältigung dieser gemeinsamen Verantwortung ist es ermutigend festzustellen, daß das Nord-Süd-Verhältnis innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen zunehmend durch konstruktive Zusammenarbeit, Sachlichkeit und Realismus gekennzeichnet ist. Das hat zur Erneuerung der Vereinten Nationen entscheidend beigetragen. Wir müssen heute alle verfügbaren Instrumente internationaler Zusammenarbeit nutzen, damit Krisen nicht zu Kriegen, schlechte Versorgung nicht zu Hungersnöten und Umweltschäden nicht zu Katastrophen werden.

Gefordert sind damit mehr als bloße Detailverbesserungen des Status quo. Es geht hier nicht um Reparaturarbeiten, sondern um ein neues Denken. Es geht um einen neuen Verhaltenskodex in den internationalen Beziehungen, es geht konkret um die Ersetzung von Konfrontation durch Zusammenarbeit und kooperative Strukturen in allen Bereichen der internationalen Politik.

III

Vordringlich sind dabei kooperative Strukturen in der Sicherheitspolitik. Gerade Europa kann hier beispielgebend wirken, es kann zum Modellfall werden für weltweite kooperative Sicherheitspolitik. Das Ziel ist zusätzliche Sicherheit durch Beseitigung von Spannungsursachen und durch ein System kooperativer Sicherheit, das zusätzliche Sicherheit schafft.

Generalsekretär Pérez de Cuéllar hat von einem »neuen kooperativen Internationalismus« gesprochen, der notwendig sei, um den Herausforderungen gerecht zu werden, denen sich die Weltorganisation an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zu stellen habe. Das schließt die Aufgabe ein, die Parameter einer kooperativen Sicherheitspolitik im weltweiten Rahmen zu definieren. Aus unserer europäischen Erfahrung erscheinen mir dabei folgende Elemente unverzichtbar:

- Ziel jeder Sicherheitspolitik muß die Sicherung des gemeinsamen Überlebens sein. Die Sicherheitsinteressen auch der anderen müssen geachtet, auf Streben nach Vorherrschaft und Überlegenheit muß verzichtet werden. Ausgeschlossen ist damit auch das Streben nach einseitigen Vorteilen.
- Feindbilder müssen abgebaut, Friedensgesinnung und Achtung vor anderen Völkern müssen gefördert werden. Auch das gilt nicht nur im West-Ost-Verhältnis, es gilt auch zwischen Nord und Süd und zwischen Süd und Süd.
- Die Öffnung, die Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaften, die weltweite Verwirklichung der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen und anderer Zusagen, wie sie beispielsweise die Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki gegeben haben, gehören zu den wesentlichen Elementen einer kooperativen Friedensordnung. Menschenrechte sind nicht nur unteilbar, sie sind auch nicht regionalisierbar.
- Wir müssen in unserer interdependenten Welt gegenseitige Abhängigkeiten im guten Sinne schaffen: Die weltweite Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen muß verbreitert und vertieft werden, und sie muß unumkehrbar werden.
- Abrüstung muß bestehende Überlegenheiten abbauen und so mehr Sicherheit auf niedrigerem Niveau schaffen. Qualitative Veränderungen der Struktur von Streitkräften müssen die Fähigkeit zur Invasion und zum Überraschungsangriff beseitigen. Vertrauensbildende Maßnahmen und Transparenz müssen weltweit verwirklicht werden. Hier liegt eine besonders wichtige Aufgabe für die Vereinten Nationen.
- Die weltweiten Rüstungsexporte müssen endlich unter Kontrolle gebracht werden. Wir brauchen dazu ein Register der Vereinten Nationen über die Waffenexporte und -importe aller Staaten.
- Übergreifend brauchen wir wirksame Mechanismen eines weltweiten politischen Krisenmanagements, um zu verhindern, daß unvorhergesehene Konflikte eine krisenhafte Gefahr auslösen. Krisenmanagement kann nicht nur eine Sache

Zum mittlerweile sechsten Male wurde 1988 die Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen verliehen. Am 20. November überreichte DGVN-Vorsitzende Dr. Helga Timm, MdB, auf einer Festveranstaltung im Hotel ›Intercontinental‹ in Berlin Sir Brian Urquhart die Medaille. Der Preisträger (im Bild mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher), am 28.Februar 1919 im südenglischen Dorset geboren, stand von 1945 bis 1986 im Dienst der Vereinten Nationen, zuletzt als Untergeneralsekretär für besondere politische Angelegenheiten; danach wurde er von der britischen Königin in den Adelsstand erhoben. Seine Autobiographie wurde in VN 2/1988 S.60 vorgestellt. – Erstmals wurde die Dag-Hammarskjöld-Medaille 1977 anläßlich des 25jährigen Bestehens der DGVN an Raúl Prebisch vergeben (vgl. VN 6/1977 S.165f.); es folgten 1979 Egon Schwelb und Prinz Sadruddin Aga Khan (VN 1/1980 S.19ff.), 1981 Rüdiger Freiherr von Wechmar und Henry R. Labouisse (VN 1/1982 S.10ff.), 1983 Robert S. McNamara (VN 1/1984 S.16ff.) und 1985 Liv Ullmann (VN 1/1986 S.18ff.).

der am Konflikt beteiligten Staaten sein. Gerade die Vereinten Nationen müssen mit ihrem Instrumentarium dazu beitragen, daß Friedenspolitik universell betrieben wird. Die Weltorganisation hat bewiesen, daß sie dazu konkret in der Lage ist.

IV

Diese universale Verantwortung für den Frieden sollte uns daher bedenken lassen, wie wir das Instrumentarium der Vereinten Nationen für die Friedenssicherung und Konfliktbewältigung der Weltgemeinschaft stärken und ausbauen können. Die zuständigen Regionalorganisationen müssen dabei in einem System weltweiter kooperativer Sicherheit ihre von der Charta anerkannte aktive und konstruktive Rolle übernehmen.

Die konsensbildende Kraft von Staatengruppen sollte gerade in den Vereinten Nationen verstärkt genutzt werden. Es ist die erste und wichtigste Aufgabe vor allem der regionalen Zusammenschlüsse, den Ausbruch von Krisen in ihrer Region unmöglich zu machen. Wir unterstützen deshalb auch in den Krisengebieten tatkräftig alle Friedensinitiativen, die aus der Region kommen.

Die stärkere Verantwortung, die den Staatenzusammenschlüssen zufällt, ist die Folge eines Strukturwandels in den internationalen Beziehungen. Die Europäische Gemeinschaft ist die fortgeschrittenste Form des Zusammenschlusses souveräner Staaten. Es zeichnet sich der Übergang von einer bipolar gestalteten zu einer multipolaren Welt ab. Die internationale Politik erhält hierdurch eine neue Qualität, die Chance der Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen wird größer.

Die Bundesrepublik Deutschland hat auf der Grundlage dieser Einsichten und dieser Verantwortung eine stetige Politik der aktiven Mitarbeit und der Stärkung der Vereinten Nationen verfolgt. Wir setzen uns ein für die Kodifikation und Stärkung des internationalen Rechts. Wir wollen die Durchsetzung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts überall in der Welt.

Ich habe die weltweite Geltung der Menschenrechte bewußt bei den Grundelementen für eine weltweite kooperative Sicherheitspolitik genannt. Die unveräußerliche Würde des Menschen als Kern seiner Existenz bildet in der Tat, in den Worten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, »die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt«.

Wo die grundlegenden Menschenrechte gefährdet sind, da ist immer auch der Frieden in Gefahr. Wer Menschenrechte mißachtet und verletzt, der erklärt immer auch seinen Mitmenschen den Krieg, der beweist eine Unfähigkeit, mit anderen in Frieden zu leben. Menschenrechtspolitik ist daher immer zugleich auch Friedenspolitik.

Wir teilen mit zahlreichen Mitgliedstaaten das Ziel, die friedensstiftenden Fähigkeiten der Vereinten Nationen noch wirksamer zu machen. Die Frage, ob und wie die dazu bestimmten Organe der Vereinten Nationen in ihrer Funktionsweise verbessert werden können, bleibt auf der Tagesordnung unserer UN-Politik.

V

Sie, Sir Brian, haben sich immer wieder mit der Praxis und mit der theoretischen Fundierung der friedenssichernden und -erhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen befaßt. Sie sind nicht müde geworden, auf die Notwendigkeit engsten Zusam-

menwirkens zwischen Generalsekretär und Sicherheitsrat hinzuweisen. Die Entwicklungen um das Zustandekommen und die Implementierung der Resolution 598 des Sicherheitsrats zeigen, daß in diesem Zusammenwirken ein entscheidender Schlüssel für den Erfolg liegt. Sie haben die bedeutende Rolle unterstrichen, die neben den Ständigen Mitgliedern des Rates und ihrer besonderen Verantwortung auch den nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats zukommt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich während ihrer nun dem Ende zugehenden zweijährigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat bemüht, dieser Mitverantwortung gerecht zu werden. Wir haben Initiativen anderer mitgestaltet und eigene Initiativen ergriffen.

Friedenspolitik ist längst nicht mehr die Sache nur einzelner Staaten. Friedensverantwortung ist heute global und umfassend. Der die Charta prägende Leitbegriff des Friedens wird in unserer Zeit umfassender verstanden als in den Jahren der Gründung der Vereinten Nationen. Damit wird ganz bewußt die Folgerung gezogen aus einer komplexer und interdependenter gewordenen Welt. Wer den Frieden tragfähig und dauerhaft machen will, muß – über die Beilegung von Krisen und Konflikten hinaus – der Solidarität und der Achtung vor dem Nächsten auf allen Lebensgebieten zum Durchbruch verhelfen. In dem Maße, in dem das gelingt, wachsen die Chancen, daß die Weltorganisation ihre friedensstiftende Kraft – über Afghanistan und Irak/Iran hinaus – auch in anderen regionalen Konflikten und Krisen erfolgreich zur Geltung bringen kann.

Sie haben auf die Probleme hingewiesen, Sir Brian, die dadurch entstehen, daß Konflikte oft erst sehr spät vor den Sicherheitsrat kommen, manchmal zu spät, nämlich erst dann, wenn sie praktisch unlösbar geworden sind. Es muß deshalb darauf ankommen, die Friedensrolle der Vereinten Nationen frühzeitig, möglichst schon im Vorfeld eines heraufziehenden Konflikts, wirksam werden zu lassen. Hier zeichnen sich für die Vereinten Nationen, insbesondere für den Sicherheitsrat, neue, bisher noch zu wenig entwickelte Aufgaben der vorbeugenden Diplomatie ab.

Vor zwei Jahren hat die 41. Generalversammlung der Vereinten Nationen die auf unsere Initiative zurückgehende Entschließung zur Verhinderung neuer Flüchtlingsströme einmütig angenommen. Mit ihr werden dem Generalsekretär neue Möglichkeiten zu vorbeugendem Tätigwerden gegeben. In der gegenwärtig stattfindenden Generalversammlung steht die Verabschiedung einer Erklärung zur Konfliktprävention bevor, die ebenfalls auf unsere Initiative zurückgeht und nach mehrjährigen intensiven Beratungen auf einmütige Annahme rechnen kann.

Was wir als Mitgliedstaat in die Arbeit der Vereinten Nationen einbringen, sind nicht die Mittel der Machtpolitik. Es sind die Mittel der Verständigung, der Überzeugung und der Kooperation, die Mittel der Diplomatie und der wirtschaftlichen, technologischen und finanziellen Zusammenarbeit. Es sind die Mittel, die uns als Ergebnis einer konsequent auf weltweiten Ausgleich und gleichberechtigte Partnerschaft angelegten Außenpolitik zur Verfügung stehen. Wir werden sie auch weiterhin einsetzen, wo immer wir dem umfassenden Friedensauftrag der UN-Charta dienen können.

VI

Was alle Staaten, die heute in den Vereinten Nationen zusammenwirken, angesichts der Größe der Herausforderungen unserer Zeit brauchen, ist Mut zur Verantwortung. Sie, Sir Brian, haben einmal gesagt, daß Idealismus realistischer sei als Zynismus oder Defaitismus. Nur ein Idealist wie Sie konnte den Vereinten Nationen neue Impulse geben – trotz des oft ernüchternden Alltags der Weltorganisation.

Nur ein Idealist wie Sie konnte helfen, ein neues Instrument des Friedens zu schaffen, das die Welt so dringend brauchte. Durch Ihre Arbeit haben Sie vielen jüngeren Kollegen in der Weltorganisation einen ermutigenden Weg gewiesen.

Sie haben allen Zweiflern gezeigt, daß es nicht abstrakte und anonyme Vorgänge sind, die die Welt voranbringen, sondern das von Einsicht bestimmte Wirken vieler einzelner Menschen. Für das, was Sie für die Vereinten Nationen und für den Frieden in der Welt getan haben, danken wir Ihnen heute.

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Berichte · Nachrichten · Meinungen

Politik und Sicherheit

Vertrauensbildende Maßnahmen: 43. Generalversammlung macht sich Konzept im Konsens zu eigen – Bewährungsprobe in Europa – Noch Vorbehalte in der Dritten Welt (1)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1986 S.139f. fort.)

Den erfolgreichen Abschluß ihrer langjährigen Bemühungen, den Grundsatz der Vertrauensbildung auch als ein Konzept der Vereinten Nationen zu verankern, konnte die Bundesrepublik Deutschland am 7. Dezember 1988 verzeichnen. An diesem Tage nahm die UN-Generalversammlung ihre Resolution 43/78H ›Richtlinien für vertrauensbildende Maßnahmen‹ im Konsens an.

I. Erinnern wir uns: Nach dem Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki (1975) konnte die Bundesrepublik zusammen mit anderen westlichen Staaten die Vertrauensbildung als Leitgedanken auch im Schlußdokument der ersten Sondergeneralversammlung über Abrüstung (1978) etablieren; Ziffer 93 des Schlußdokuments (Text: VN 5/1978 S.171ff.) spricht von einer »Verpflichtung auf vertrauensbildende Maßnahmen«. Ein von der Bundesrepublik im selben Jahr eingebrachter Entschließungsentwurf nahm das Thema wieder auf und wurde von der 33.Generalversammlung ohne Gegenstimme und mit nur zwei Enthaltungen (Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate) als Resolution 33/91B (Text: VN 1/1979 S.34) gebilligt.

Die folgenden Entschließungen, alle von der Bundesrepublik Deutschland eingebracht und im Konsens angenommen, markieren die nächsten Stationen: 1979 (Resolution 34/87B; Text: VN 3/1980 S.105f.) beauftragte die Generalversammlung den Generalsekretär mit der Erstellung einer umfassenden Studie. Sie wurde 1980/81 von einer Expertengruppe unter dem Vorsitz des Botschafters der Bundesrepublik bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Gerhard Pfeiffer, erarbeitet und 1981 (Resolution 36/97F; Text: VN 3/1982 S.107) von der Generalversammlung gewürdigt. Im folgenden Jahr (Resolution 37/100D) wurde die allen UN-Mitgliedstaaten offenstehende Abrüstungskommission beauftragt, im Lichte der Studie einen Katalog von Richtlinien für vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) auszuarbeiten. Dabei konnte es, anders als bei den einschlägigen europäischen Dokumenten (KSZE-Schlußakte 1975 und Stockholmer Dokument 1986), nicht um die Vereinbarung konkreter und verbindlicher Maßnahmen gehen, sondern um eine Auflistung der Prinzipien, die solchen Maßnahmen zugrunde liegen müssen oder kön-